



Nezahat Baradari

Mitglied des Deutschen Bundestages
Kreis Olpe/Märkischer Kreis I



KONTAKT



Bundestagsbüro Berlin
Nezahat Baradari, MdB

Platz der Republik 1
11011 Berlin

nezahat.baradari@bundestag.de
030/22 77 12 60



Wahlkreisbüros

Willy-Brandt-Haus
Breitenfeld 1B
58507 Lüdenscheid

nezahat.baradari.wk02@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84

Niederste Straße 15
57439 Attendorn

nezahat.baradari.wk@bundestag.de
027 22 / 6 57 68 84



www.nezahat-baradari.de/



<https://www.facebook.com/Baradari2022/>



<https://www.instagram.com/nezahatbaradari/>

LIEBE GENOSSINNEN UND GENOSSEN, LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE DER SPD!

Im Monat September hat nicht nur der Herbst, sondern auch die parlamentarische Arbeit in Berlin wieder volle Fahrt aufgenommen. Hinter mir – so wie für viele von uns – liegen arbeitsreiche und intensive Wochen. Die Arbeit geht einem aber immer leichter von der Hand, wenn man weiß, wofür und mit welchem Ziel und Ergebnis man sie macht. Und ich bin sehr froh, in diesen politisch und gesellschaftlich herausfordernden Zeiten an Gesetzen und Maßnahmen mitzuwirken, von denen ich überzeugt bin.

Auch wenn mit dem [dritten Entlastungspaket der Bundesregierung](#) über 65 Milliarden sicherlich nicht alle Auswirkungen der Energiepreiskrise abgedeckt werden können, so wird es doch dafür sorgen, dass viele Menschen auch bei uns im Kreis wieder optimistischer auf den kommenden Winter blicken können. Auch für viele Unternehmen aus der Region ist das Paket ein dringend notwendiger Schritt. Mich haben aus diversen Branchen deutliche Signale erreicht, in welchen teilweise existentiellen Schwierigkeiten energieintensive Unternehmen, Handwerks- und Einzelhandelsbetriebe stecken bzw. offensichtlich stecken werden.

Aber trotzdem sind die Energiepreise viel zu hoch. Sie belasten viele Bürgerinnen und Bürger sowie unsere Wirtschaft. Und sie werden weiter steigen. Auf Dauer kann das kaum jemand alleine stemmen. Mit Hochdruck arbeiteten wir als SPD-Bundestagsfraktion daran, dass es einen Gaspreiskegel gibt und dass die Gasumlage wegfällt, damit wir unserer Bevölkerung und Wirtschaft stärker unter die Arme greifen können. Gestern dann, am 29. September, eine sehr gute Nachricht: Olaf Scholz verkündet, dass sich die Ampelkoalition auf einen [Abwehrschirm zur Senkung der Energiepreise](#) geeinigt hat, der es in sich hat. Für uns steht fest: Die Energiepreise müssen sinken, die Bürgerinnen und Bürger kräftig entlastet werden. Und dafür sorgen wir jetzt. Mit einem Paket von bis zu 200 Milliarden Euro werden die steigenden Energiekosten und die schwersten Folgen abgedeckt! Neben der Strompreisbremse wird die Bundesregierung



schnellstmöglich eine Gaspreisbremse einführen. Die auch bei vielen Bürgerinnen und Bürgern unbeliebte Gasumlage entfällt. Es geht uns darum, dass alle auch unter den veränderten Bedingungen zurechtkommen und wirtschaften können – die Bäckermeisterin an der Ecke und der energieintensive Großbetrieb, die vierköpfige Familie auf dem Land, der Single in der Stadt, die Rentnerin.

Deutschland braucht unter den europäischen Ländern am meisten Gas und Öl. Deswegen war es wichtig, dass Bundeskanzler Olaf Scholz [drei Länder am Persischen Golf bereiste](#) und konstruktive Gespräche mit Entscheidungsträgern in Saudi-Arabien, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Katar führte. Dabei ging es darum, mit vielfältigen Quellen die Liefersituation beim Erdgas zu verbessern und die Energiesicherheit in Deutschland zu gewährleisten. Stark war auch der [Auftritt unseres Bundeskanzlers bei der Generalversammlung der Vereinten Nationen](#) und seine Parteinahme für eine Welt mit klaren Regeln.

Ein weiteres wichtiges Zeichen angesichts rasant gestiegener Wohn- und Energiekosten: Wir haben das neue [„Wohngeld Plus“](#) auf den Weg gebracht. Die Zahl der anspruchsberechtigten Haushalte wird zum Beginn des kommenden Jahres von rund 600.000 auf zwei Millionen steigen. Durchschnittlich 370 Euro erhalten Bezahler des Geldes – bislang waren es 180 Euro. Damit ist das Wohngeld eine zielgenaue Entlastung und die Erhöhung in Zeiten von Inflation und Energiekrise angemessen.

Mir ist es wichtig, dass neben diesem fast alles bestimmendem Thema auch die anderen politischen

Entscheidungen nicht zu sehr in den Hintergrund rücken. Es ist für mich immer wieder etwas Besonderes, eine Rede vor dem Deutschen Bundestag zu halten, sowie ich es am 8. September tun durfte. Es ging um die Änderungen im Infektionsschutzgesetz und damit um die Maßnahmen zur Bekämpfung der Coronapandemie im Herbst und Winter. Denn so sehr wir es uns auch wünschen, die Pandemie begleitet uns weiter und stellt für die sogenannten vulnerablen Gruppen weiterhin eine Gefahr dar. Darum ist es gut und richtig, dass wir einen tragfähigen Kompromiss in der Koalition – mit viel Gestaltungsspielraum für die Bundesländer, was konkrete und abgestufte [Schutzmaßnahmen](#) angeht – verabschieden konnten.

Die Bemühungen um die Rahmedetalbrücke gehen weiter. Ich freue mich, dass ich zusammen mit den anderen südwestfälischen Abgeordneten die Resolution über die Vollsperrung der A 45 in die Regionalkonferenz Westliches Westfalen einbringen konnte und diese auch von den Delegierten angenommen worden ist.

Ebenfalls bin ich dankbar, dass ich in den erweiterten Vorstand des Regionalvorstandes Westliches Westfalen gewählt worden bin. Ich möchte den Vorstand in den kommenden Jahren nach besten Kräften bei seiner Arbeit unterstützen.

Auch in diesem Newsletter berichte ich exemplarisch über meine Aktivitäten im Wahlkreis und in Berlin und würde mich wieder über eine Rückmeldung, Anmerkung, Kritik oder Ergänzung von euch sehr freuen. In den kommenden Wochen werde ich Fraktion-vor-Ort-Veranstaltungen zur aktuellen politischen Lage und der Energiepolitik durchführen. Die Einladungen bekommt ihr rechtzeitig an eure Adresse und könnt sie auch aus meinen Social-Media-Kanälen entnehmen.

Ich wünsche euch allen viel Vergnügen beim Lesen und dass ihr gut durch den Herbst kommt. Passt bitte gut auf euch auf.

Eure Nezhahat

Nezhahat



BÜRGERGELD STATT GRUNDSICHERUNG

Menschen mit geringem Einkommen nicht alleine lassen

Wer in eine schwierige Lage gerät, braucht nicht noch zusätzliche Hürden. Daher hat Arbeitsminister Hubertus Heil das neue Bürgergeld vorgestellt. Die Ziele: Kommunikation und Kooperation auf Augenhöhe, mehr Sicherheit in schwierigen Lebenslagen, bessere und gezieltere Vermittlung in Arbeit.

Aus der Grundsicherung soll ein modernes Bürgergeld werden. Die staatliche Hilfe soll bürgernäher, unbürokratischer und zielgerichteter sein. Außerdem soll die Berechnung der Regelbedarfe auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die Bedarfe sollen künftig nicht mehr rückwirkend, sondern vorausschauend an die Teuerungsraten angepasst werden.

Diese Regelbedarfsstufen sollen ab 2023 gelten

1 Alleinstehende/Alleinerziehende	502 € (+ 53 €),
2 Paare je Partner/Bedarfsgemeinschaften	451 € (+ 50 €)
3 Volljährige in Einrichtungen (nach SGB XII)	402 € (+ 45 €)
3 nicht-erwerbstätige Erwachsene unter 25 Jahre im Haushalt der Eltern	402 € (+ 45 €)
4 Jugendliche von 14 bis 17 Jahren	420 € (+ 47 €)
5 Kinder von 6 bis 13 Jahren	348 € (+ 39 €)
6 Kinder von 0 bis 5 Jahren	318 € (+ 35 €)

[Mehr Info auf der Internetseite der Bundesregierung](#)

Das neue Bürgergeld

Wir leiten eine der größten sozialpolitischen Reformen der letzten 20 Jahre in die Wege!



Mehr Sicherheit und mehr Respekt vor Lebensleistung

- ☛ Wer Hilfe braucht, soll keine Angst haben, die Wohnung oder das Ersparte zu verlieren: Eine zweijährige Karenzzeit bei Wohnkosten und nicht erheblichen Vermögen schützt davor.
- ☛ Wir erhöhen den Freibetrag für Einkommen aus Schüler:innen- und Studi-Jobs sowie Azubi-Gehalt.





Neues Miteinander und neues Vertrauen

- ➡ Vermittlung auf Augenhöhe: 6 Monate Vertrauenszeit ohne Sanktionen für Pflichtverletzungen sowie gemeinsam entwickelter Kooperationsplan als „roter Faden“ zur Vermittlung werden eingeführt.
- ➡ Ganzheitliche Betreuung und individuelles Coaching kommen als neue Regelinstrumente dazu.



Neue Regelsätze auf Höhe der Zeit

- ➡ Es kommt eine deutliche Steigerung der Regelsätze! Es ist uns wichtig, damit einen existenzsichernden Inflationsausgleich für Empfänger:innen zu schaffen und die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen.
- ➡ Durch die Erhöhung des Mindestlohns ab 1.10. wird das Lohnabstandsgebot beachtet. Arbeit wird sich auch weiterhin lohnen!



Neue Chancen auf Arbeit durch Qualifizierung

- ➡ Langfristige Perspektiven: Zukünftig werden Aus- und Weiterbildung statt schneller Vermittlung in Aushilfsjobs gefördert.
- ➡ Finanzielle Anreize zur Weiterbildung (unter anderem durch monatliches Weiterbildungsgeld) werden geschaffen.



Mehr Bürgerfreundlichkeit und weniger Bürokratie

- ➡ Keine Rückforderung von Kleinbeträgen (Bagatellgrenze) heißt weniger Bürokratie.
- ➡ Digitale Antragsstellung, Entwirrung von Sonderregelungen und einfachere Abmeldung bei Abwesenheit schaffen eine neue Bürgerfreundlichkeit.

SPD
Fraktion im
Bundestag



3. ENTLASTUNGS-PAKET DER AMPEL

Strompreisbremse, Einmalzahlungen, Heizkostenzuschuss für Wohngeldempfänger und neues Bürgergeld: Die SPD-geführte Ampelkoalition hat in einem dritten Paket weitere Entlastungen beschlossen. Das Wichtigste im Überblick.

- **Entlastungen von Rentner*innen und Studierenden:** Alle Rentner*innen bekommen eine zu versteuernde Energiepauschale von 300 Euro, Studierende und Fachschüler*innen von 200 Euro
- **Mehr Netto vom Brutto:** Wir entlasten gezielt Familien und Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen. Wir erhöhen das Kindergeld um 18 Euro, entlasten bei der Einkommensteuer und – für geringe Einkommen – bei den Sozialversicherungsabgaben. Und wir ermöglichen steuer- und abgabenfreie zusätzliche Zahlungen durch Arbeitgeber*innen.
- **Strompreisbremse für den Basisverbrauch:** Wir deckeln den Preis für den Grundbedarf und sorgen dafür, dass Strom bezahlbar bleibt.
- **Besseres Wohngeld & Schutz für Mieter*innen:** Wohngeldempfänger*innen erhalten erneut einen Heizkostenzuschuss und der Kreis der Berechtigten wird stark ausgeweitet. Mit einem Kündigungsschutz sorgen wir dafür, dass niemand wegen überfordernder Nebenkosten auf der Straße landet. Und wir stellen sicher, dass nicht einfach Strom oder Gas abgeschaltet werden kann, wenn die Rechnung akut nicht gezahlt werden kann.
- **Höhere Regelsätze beim Bürgergeld:** (s. Seite 3 dieses Newsletters)
- **Bundesweite Nachfolge für das 9-Euro-Ticket:** Der Bund stellt jährlich 1,5 Milliarden Euro für ein bundesweites vergünstigtes ÖPNV-Ticket zur Verfügung, wenn die Länder den gleichen Beitrag dafür einsetzen.
- **Sichere Arbeitsplätze:** Mit Energiekostenzuschüssen und der Verlängerung der Kurzarbeit entlasten wir Unternehmen in der Krise und helfen so, Arbeitsplätze zu erhalten.
- **Gerechte Finanzierung:** Zufallsgewinne der Stromproduzenten nutzen wir, um Spielraum für eine Strompreisbremse zu gewinnen. Damit zahlen Krisenprofiteure in Zukunft für die Energiesicherung der Bürger*innen. Wenn das nicht zeitnah europäisch gelingt, wird die Bundesregierung das selbst umsetzen.

Deutschland packt das!

Das dritte Entlastungspaket umfasst 65 Milliarden Euro. Damit sichern wir die bezahlbare Energieversorgung und stärken die Einkommen.

So entlasten wir Euch



Deutschland steht zusammen.

Wir sichern eine bezahlbare Energieversorgung und stärken die Einkommen.

SPD
Fraktion im
Bundestag

KINDERGESUNDHEIT VON SOZIO- ÖKONOMISCHEN FAKTOREN ABHÄNGIG

Kindergesundheitsbericht vorgestellt

Pünktlich zum Weltkindertag am 20. September wurde der Kindergesundheitsbericht durch die Stiftung Kindergesundheit zu ihrem 25jährigen Jubiläum in Person von Prof. Berthold Kletzko vorgestellt. Insbesondere Kapitel sieben zeigt deutlich, dass Kindergesundheit auch eindeutig von sozioökonomischen Faktoren abhängt.

Zusammen mit meinem Bundestagskollegen Johannes Wagner (Bündnis90/Grünen) standen wir dem Publikum während der Veranstaltung und im anschließenden Get-together für Fragen und Antworten zur Verfügung.

Der Kindergesundheitsbericht kann auf der [Internetseite der Stiftung Kindergesundheit](#) abgerufen werden.



Zusammen mit Prof. Berthold Kletzko



Politisch gibt es noch viel zu tun und viel umzusetzen u.a. die Einführung der Kindergrundsicherung sowie die Etablierung der Kinderrechte ins Grundgesetz. Dabei wollen wir uns an der UN-Kinderrechtskonvention orientieren. Kinder müssen in allen Politikfeldern berücksichtigt werden, daher unterstütze ich den Ansatz Children in all policies.

i CHILDREN IN ALL POLICIES Die Zukunft von 2,4 Milliarden Kindern ist in einem noch nie dagewesenen Maße bedroht! Die CAP-2030 setzt sich dafür ein, die Gesundheit und das Wohlergehen von Kindern in den Mittelpunkt aller politischen Maßnahmen zu stellen, um eine gerechte und nachhaltige Zukunft zu gewährleisten (<https://cap-2030.org/about/>).

COVID-19-SCHUTZ-GESETZ VERABSCHIEDET

Am 8. September hat der Bundestag das COVID-19-Schutzgesetz verabschiedet, mit dem wir umfangreiche Änderungen unter anderem am Infektionsschutzgesetz vorgenommen haben, um unser Land so gut auf den kommenden Winter und möglicherweise auftretende große Coronawellen vorzubereiten.

Politik, gerade in Deutschland, beruht auf Kompromissen. Auch dieses Gesetz war ein Kompromiss – aber, so glaube ich, ein guter. Besonders froh bin ich, dass einige der Änderungen, wie der Wegfall der Meldepflicht für Coronaerkrankungen oder die Kinderkrankentagegeld-Regelung, für die ich mich im Sinne von Kindern und Jugendlichen eingesetzt habe, im Prozess berücksichtigt wurden. Das habe ich auch in meiner Rede, die ich anlässlich der Verabschiedung

des Gesetzes im Plenum des Deutschen Bundestages gehalten habe, noch einmal hervorgehoben. Einen Mitschnitt meiner Rede findet ihr als Video in der [Mediathek des Deutschen Bundestages](#), aber natürlich auch in Textform im [Plenarprotokoll](#).



Herbst-/Winterplan Corona

Winterreifen

1.10.2022 - 7.4.2023 (Oktober - Ostern)



Schneeketten

zusätzlich bei Verschärfung der Lage von Okt. – Ostern (konkrete Gefahr für Gesundheitssystem & KRITIS)



Fern- und Flugverkehr	FFP2-Maske (Personal: med. Maske)	
Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen etc.	FFP2-Maske & Test Ausnahme Tests: „Frisch“ geimpft/genesen (vor max. 3 Monaten)	
Betriebe	Corona ArbSchV, z.B. Homeoffice-Angebot, Testangebot, Maskenregelung	
	Länder können festlegen	Länder können nach Landtagsbeschluss festlegen
ÖPNV (Bus & Bahn)	FFP2-Maske (Personal: med. Maske)	
Innenräume (öffentlich zugänglich)	FFP2-Maske	FFP2-Maske (ohne Ausnahme), Hygienekonzept, Abstandsgebot, Personenobergrenzen (bei Veranstaltungen in Innenräumen)
Restaurants, Bars, Kultur-, Freizeitbereich, Sport etc.	FFP2-Maske oder Test Ausnahme: „Frisch“ geimpft/genesen (vor max. 3 Monaten)	
Schüler/innen ab Klasse 5	Med. Maske zur Aufrechterhaltung des Präsenzbetriebs, bes. Berücksichtigung der Belange von Kindern/Jugendlichen	
Schulen, Kitas u. andere Einrichtungen¹	Test	
Außenveranstaltungen	—	FFP2-Maske, Abstandsgebot

Flankierend ab Herbst

Impfungen: „Frische“ Impfungen schützen stärker vor Übertragung. Ausreichend Impfstoff – auch auf neue Virusvarianten angepasste Impfstoffe – sowie die Impfkapazitäten werden bereitstehen. **Medikamente:** Für antivirale Medikamente (z.B. Paxlovid): Hausarztkonzept und Hotline zum Einsatz der Medikamente. Ausreichende Dosen für Pflegeheime stehen bereit.

¹Asylbewerberunterkünfte, Hafteinrichtungen, Heime der Jugendhilfe

SEPSIS IST EINE ERNSTZUNEHMENDE KRANKHEIT

Mit einer gemeinsamen Fotoaktion haben wir Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion auf die Sepsis aufmerksam gemacht.

Zusammen mit meinen Kolleginnen und Kollegen aus der SPD-Bundestagsfraktion habe ich am 13. September 2022 zum Welt-Sepsis-Tag in Zusammenarbeit mit der Sepsis-Stiftung mit Beiträgen in unseren Social-Media-Kanälen auf das Krankheitsbild aufmerksam gemacht und über die typischen Warn- und Krankheitszeichen informiert.

Sepsis – allgemein bekannt als Blutvergiftung – kostet jährlich rund 75.000 Menschen das Leben. Es ist eine ernstzunehmende Krankheit, weil es auch eine der häufigsten Todesursachen in Deutschland ist. Selbst kleine Verletzungen oder eine Immunschwäche sowie eine fehlende Milz können schnell zu einer Harnwegsinfektion, Haut-, Weichteil- oder Hirnhautentzündung führen. Insbesondere Neugeborenen, geschwächte und älteren Personen davon sind besonders betroffen.

Bei Krankheitsanzeichen wie Fieber, Schüttelfrost, Kurzatmigkeit, Herzrasen, Schwitzen, Schmerzen bzw. Unwohlsein, Kopfschmerzen denkt bitte daran, sofort eine Ärztin bzw. einen Arzt aufzusuchen.

Leider sind nicht alle Impfungen öffentlich empfohlen bzw. die Kosten werden nicht von allen gesetzlichen Krankenkassen übernommen, obwohl ihr Nutzen anerkannt ist. Daher bin ich auch dafür, dass die Kosten für Zusatzimpfungen wie zum Beispiel die Impfung

gegen Meningokokken B oder die Zeckenimpfung übernommen werden, damit sich auch junge und finanziell schwach gestellte Eltern und ihre Kinder dagegen impfen lassen können.

Es ist mir wichtig, dass die Bevölkerung über die Sepsis und ihre Symptome aufgeklärt wird – dazu habe ich mit der Fotoaktion ein Zeichen gesetzt.



GEMEINSAME PRESSEMITTEILUNG

Dirk Wiese MdB, Wolfgang Hellmich MdB, Nezahat Baradari MdB, Luiza Licina-Bode MdB, Timo Schisanowski MdB, Bettina Lugk MdB

Wir, die heimischen SPD-Bundestagsabgeordneten aus Südwestfalen nutzten die Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion, um erneut das Thema der A 45-Sperrung oben auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Fraktionsklausur der SPD-Bundestagsfraktion ist das traditionelle Treffen der Parlamentarierinnen und Parlamentarier nach der Sommerpause, bei dem die politischen Themen und Positionen für die kommenden Sitzungswochen im Deutschen Bundestag abgestimmt werden. Diese Bühne nutzten wir nun als heimische Abgeordnete, um die Sperrung und den Neubau der Rahmedetalbrücke zu thematisieren. Neben Energiepreisen und Fachkräftemangel ist es das drängendste Thema der heimischen Wirtschafts- und Industrieregion.

Bisher geht es den Südwestfalenabgeordneten zu langsam beim Abriss und Neubau der Brücke. Die ersten Anwohnerinnen und Anwohner verlassen bereits die Region, da die Situation für sie nicht mehr tragbar ist. Ähnliches ist bei den Unternehmen zu beobachten. Die Perspektivlosigkeit sowie Verzögerungen liegen vor allem an den sehr trägen Planungs- und Feststellungsverfahren. „Diese müssen dringend beschleunigt und verschlankt werden. Beim Thema erneuerbarer Energien war das möglich, warum nicht auch hier“, forderten die Abgeordneten aus Südwestfalen gemeinsam.

In den kommenden Sitzungswochen wird das Thema verstärkt von der SPD-Fraktion insgesamt angepackt werden.

Auch Verkehrsminister Volker Wissing ist dabei noch stärker gefordert. „Wir müssen als Politik gemeinsam mit allen in der Region an einem Strang ziehen, rechtssichere Beschleunigungen ausloten und die Herausforderungen gemeinsam angehen, um den Menschen der Region eine Perspektive zu bieten“, betonten die Abgeordneten. Leider ist dies aktuell nicht der Fall und mancherorts wird die Krise rund um die Brückensperre insbesondere von Abgeordneten der CDU vorrangig zur Profilierung genutzt. „Dabei muss auch die Landespolitik in die Pflicht genommen werden für den Zeitraum des Neubaus. Bisher scheint es jedoch von Seiten des Ministerpräsidenten nur für geheime Fototermine auf Steuerzahlerkosten gereicht zu haben. Wir werden uns weiterhin gemeinsam, geschlossen und mit aller Kraft für die Beschleunigung des Neubaus der Rahmedetalbrücke sowie der Entschädigung der Anwohnerinnen und Anwohner und Betroffenen mit aller Kraft einsetzen. Darauf geben wir als SPD-Bundestagsabgeordnete unser Wort“.



Die MdB aus Südwestfalen v. l. Dirk Wiese, Luiza Licina-Bode, Nezahat Baradari, Bettina Lugk, Timo Schisanowski und Wolfgang Hellmich, ; Foto: Bundestagsbüro Nezahat Baradari

REGIONALKONFERENZ DER SPD-REGION WESTLICHES WESTFALEN

Mein herzlicher Glückwunsch geht an Marc Herter zur Wiederwahl zum Vorsitzenden und dem neuen geschäftsführenden Vorstand bestehend aus Sabine Kelm-Schmidt, André Stinka und Dirk Wiese aus der Region Westliches-Westfalen sowie und an alle anderen gewählten Genossinnen und Genossen als Beisitzer*innen.



Es freut mich, dass die [Resolution zur A 45](#) von den Delegierten der Regionalkonferenz Westliches-Westfalen angenommen worden ist. In einer eindringlichen Rede appellierte ich an unsere Parteimitglieder und bat um Solidarität bezüglich der Rahmedetalbrücke und der Stadt Lüdenscheid.

An dieser Stelle möchte ich mich auch für die Wahl als Beisitzerin in den Regionalvorstand bei allen ganz herzlich bedanken. Ich werde den Vorstand in den nächsten zwei Jahren nach besten Kräften unterstützen.

IN DER PÄDIATRIE BRENNT ES

Besuch des Kinder- und Jugendkrankenhauses in den Märkischen Kliniken Lüdenscheid

Der Besuch des Kinder- und Jugendkrankenhauses in den Märkischen Kliniken Lüdenscheid führten mir erneut deutlich vor Augen, wie vielfältig hier die Probleme in Not- und Nachtdiensten sind- mir bestens bekannt aus meiner eigenen damaligen Zeit als Assistenzärztin in Kinderkliniken.

Der Chefarzt Dr. Holger Frenzke thematisierte den Fachkräftemangel und den jetzigen Pflegenotstand in der Pädiatrie durch die Einführung der Generalistik. Er mahnte eine schnelle Neuregelung der PPR2.0 an, da in der Pädiatrie eine komplizierte Systematik bzw. verschiedene Altersstufen und Krankheitsbilder das Einhalten der Personaluntergrenzen erschwere bzw. quasi unmöglich mache. Auch er befürchtete einen massiven Anstieg der Energiekosten erwartungsgemäß im Herbst und Winter. Leider hat die Landesregierung in den zurückliegenden Jahren keine Investitionen in Krankenhäuser getätigt, obwohl es ihre Landesaufgabe war. Nun haben wir dementsprechend einen Investitionsstau und die Not ist groß. Eine besondere Herausforderung in den Märkischen Kliniken hat auch er als Chefarzt und seine Abteilung vor der Brust: die Personalfucht durch die Sperrung der Rahmedetalbrücke auf der A 45.

Die Ambulantisierung von ärztlichen Leistungen war ein weiteres Gesprächsthema sowie die in Kinderkliniken hohen Vorhaltekosten. Anders als in anderen Kliniken sind in der Pädiatrie 80 Prozent der Krankenhauseinweisungen notfallmäßig und nicht geplanter Natur wie bei einer Hüft- oder Knieoperation. Daher müssen die Kinderkliniken ständig ausreichend Personal und Kapazitäten vorhalten. Dies verursacht höhere Kosten, bringt in der Regel keine Gewinne für ein Krankenhaus,



ist aber für die Versorgung der Bevölkerung bzw. für die Daseinsvorsorge essentiell.

Diese Themen werde ich in die Bundestagsfraktion hineinnehmen und als Berichterstatterin für Kinder- und Jugendmedizin im Gesundheitsausschuss auf Verbesserungen drängen.

Auch habe ich mich in einem Brief an beide Gesundheitsminister, Karl-Josef Laumann für NRW und Karl Lauterbach für den Bund, gewendet mit dem Hinweis auf den pflegerischen und medizinischen Notstand in Lüdenscheid und darüber hinaus in der gesamten Region – besonders auch im Zusammenhang mit der Vollsperrung der A 45!

i PPR2.0 Die PPR 2.0 wird als Interimslösung zur einheitlichen Bemessung des Pflegepersonalbedarfs in zugelassenen Krankenhäusern im Sinne des § 108 in der unmittelbaren Patientenversorgung auf bettenführenden Stationen eingeführt. Auf Basis der PPR 2.0 erfolgt krankenhausspezifisch die Ermittlung und Planung der Personalstellen ab 1.04.2024.

OBDACHLOSIGKEIT – ZUNEHMENDE ARMUT

Bei der Caritas im Martinus-Haus in Lüdenscheid

Um mich schwerpunktmäßig über Gesundheit und Wohnungslosigkeit vor Ort aus erster Hand zu informieren, habe ich die Caritas im Martinus-Haus in der Graf-von-Gahlen Straße in Lüdenscheid besucht. Der Caritasverband für das Kreisdekanat Altena-Lüdenscheid e. V. unterhält dort eine Einrichtung für die Pflege und Versorgung von Wohnungslosen in ihrer besonderen Lebenssituation.

Mir ist es wichtig, alle Bereiche der Gesundheitsversorgung in meinem Wahlkreis kennenzulernen. Dazu gehören auch wohnungslose Menschen, die sonst durchs Raster fallen. Es war erschreckend zu erfahren, dass der Anteil von Frauen und jungen Menschen unter den Obdachlosen zugenommen hat und dass es mehr obdachlose Schwangere gibt. Durch höhere Besucherzahlen macht sich der Anstieg der Energie- und Lebensmittelkosten auch hier bemerkbar: Mussten bisher 80 große Kannen Kaffee gekocht werden, so stieg der Bedarf bereits jetzt auf 200 Kannen mitten im Sommer.

Die psychosoziale und medizinische Betreuung muss dringend ausgebaut werden. Die zunehmende Armut können wir nicht ignorieren. Dazu zählt auch, dass untere und mittlere Einkommen entlastet werden, wie wir es im dritten Entlastungspaket der Ampelkoalition vorsehen.

Eine Übergewinnsteuer oder ein anderes ordentliches Finanzinstrument ist gerade in dieser Zeit mehr denn je nötig, um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu sichern. Das stünde einem Sozialstaat wie der Bundesrepublik Deutschland gut zu Gesicht.

Auf dem Foto sind Stefan Hesse, Leiter des Caritasverbandes fürs Kreisdekanat Altena-Lüdenscheid, Daniel Intile, Einrichtungsleiter Wohnungslosenhilfe und Lothar Hellweg, SPD-Ratsherr und Pfarrer i.R. Ev. Kirchenkreis Lüdenscheid-Plettenberg, vor dem neuen Wasserspender





JUGEND-, SPORT- UND KULTUR-PROJEKTE AUFGEPASST!

Mein Besuch der DLRG-Ortsgruppe Olpe in der sitzungsfreien Zeit des Bundestages war ein klasse Nachmittag! .

Die engagierten Kameradinnen und Kameraden erzählten mir von den besonderen Herausforderungen ihrer Arbeit vor Ort am Biggensee. Die Ortsgruppe ist komplett ehrenamtlich organisiert, ihr Fokus liegt auf der Wasserrettung. Neben dieser Kernaufgabe der DLRG stellt die Ortsgruppe Olpe zusätzlich eine Vielzahl an Angeboten wie Schwimm- und Rettungsschwimmbildungen, Aufklärungsarbeit über Wassergefahren und Wasserrettungsdienste zur Verfügung. Die Vielfalt

der ehrenamtlichen Dienstleistungsangebote hat mich sehr beeindruckt und sehe diese als eine Bereicherung für unsere Region an.

Eine sehr aufmerksame Überraschung gab es noch für mich: Anlässlich meines zurückliegenden Geburtstages wurde mir ein Strauß wunderschöner Rosen überreicht. Abschließend fand am Ende des Termins sogar noch eine Bootsfahrt mit kompetenter Begleitung über den Biggensee statt, über die ich mich besonders gefreut habe. Der herzliche und offene Empfang wird mir sehr lange und vor allem sehr schön in Erinnerungen bleiben. Danke!





BIS ZU 95.000 EURO PRO TRÄGER IN UNSEREM WAHLKREIS

Bundesministerium bezuschusst Beratungsangebote

Eine gute Meldung aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales: im Kreis Olpe und im südlichen Märkischen Kreis werden Beratungsangebote der Ergänzenden unabhängigen Teilhabeberatung (EUTB®) für Menschen mit Behinderung bezuschusst. Der Zuschuss zu Personal- und Sachkosten beträgt dabei 95.0000 Euro pro Jahr und Trägerschaft.

Das ist auch für unseren Kreis Olpe ein starkes Zeichen. Ich freue mich sehr, dass mit der Bezuschussung die Weiterfinanzierung und damit das Beratungsangebot der EUTB® ab 2023 gesichert ist. Es ist wichtig, dass alle Menschen mit Behinderungen, von Behinderung bedrohte Menschen sowie deren Angehörige ein vernünftiges Beratungsangebot zu Fragen der Rehabilitation und Teilhabe erhalten.

Das Förderangebot richtet sich im heimischen Bereich an den Verein für EUTB® Siegen-Wittgenstein, die Lebenshilfe Lüdenscheid, das Evangelische Johanneswerk, die Diakonie Mark-Ruhr Teilhabe und Wohnen sowie den Landesverband des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und ist gekoppelt an eine Verwendungsnachweisprüfung.

Mit der Bezuschussung ist eine verlässliche Weiterfinanzierung für sieben Jahre gesichert. Das ist eine sehr gute Investition in die Trägerlandschaft im Bereich der Teilhabe- und Sozialberatung unserer sauerländischen Region.

Ergänzende unabhängige Teilhabeberatung (EUTB®) – „EUTB® – unabhängig beraten, selbstbestimmt: [Download der Broschüre beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales](#)



**Ergänzende
unabhängige
Teilhabeberatung
(EUTB®)**

„EUTB® – unabhängig beraten,
selbstbestimmt teilhaben.“

ENDLICH MAL WIEDER FEIERN: SPD- SOMMERFESTE

Der SPD-Kreisverband Olpe veranstaltete auf dem Stupperhof in Drolshagen nach vielen Jahren bei bestem Wetter sein Sommerfest mit Wanderung und anschließendem gemütlichem Beisammensein. Als Kreisverbandsvorsitzende war es für mich schön zu sehen, das so viele Bürgerinnen und Bürger aus der Mitte der Gesellschaft und alle SPD-Ortsvereine aus dem Kreis Olpe gekommen sind. Das war ein toller Nachmittag mit euch!



Auch der Ortsverein Attendorn freute sich, 30 Monaten nach Pandemiebeginn wieder auf einem Sommerfest mit Freundinnen und Freunden zusammen zu kommen. Wir haben uns nicht nur über Persönliches ausgetauscht, sondern es wurden Fragen über den Inhalt der Bundesfraktionsklausurtagung gestellt. Die Bürgerinnen und Bürger achten schon ganz genau darauf, was im dritten Entlastungspaket kommt. Vielen Dank für die Einladung und für diesen schönen Abend an den Ortsverein Attendorn und seinen Vorsitzenden Wolfgang Langenohl, der gleichzeitig unser Grillmaster war.

BÜRGERSPRECHSTUNDE BEI KAFFEE & EIS IN WENDEN

Die SPD ist vor Ort präsent!

An einem Samstag mitten im September sind der Wendener Fraktionsvorsitzender Ludger Reuber und ich in der Eisdiele Gardena in Wenden mit Bürger*innen ins Gespräch gekommen.

Was gibt es schöneres, als solche Gespräche bei sommerlichen Temperaturen bei einer Kugel Eis ins zu führen! Es ist eine schöne und unkomplizierte Möglichkeit, persönlich und ohne Anmeldung mit den Vertreter*innen der SPD in Kontakt zu treten. Anliegen und Anregungen können viel direkter angesprochen und übermittelt werden.

Die Gespräche drehten sich um Windkraftanlagen, Geothermie, Klimakrise, sog. Raumlufttechnische Anlagen, kaputte Fahrradwege, Schwimmbad in Wenden, Mangel an Fachkräften und um den nächsten Urlaub der Eiscafebesitzer in Bella Italia!

Vielen herzlichen Dank an die heutigen Besucher und dass uns Maestro Lorenzoni Gianpolo mit seiner Ehefrau ermöglicht haben, bei ihnen im Eiscafé eine solche Sprechstunde abzuhalten. Ich bin mir sicher: Das war nicht die letzte dieser Art!



BÜRGERSPRECHSTUNDE

WENDEN

SPD

**BÜRGERSPRECHSTUNDE IN WENDEN
AUF EIN WORT MIT LUDGER REUBER
UND MDB NEZAHAT BARADARI,
SAMSTAG, 17. SEPTEMBER,
10 - 12 UHR, EISCAFÉ GARDENA**

NEZAHAT BARADARI
MITGLIED DES DEUTSCHEN BUNDESTAGES



VOR ORT IN KIRCHHUNDEM

Die SPD ist vor Ort präsent!

Vielen Dank für die Einladung und die wunderschönen Blumen von dem Ortsvereinsvorsitzenden Chris Troester aus Kirchhundem! Chris hatte zum politischen Dialog bei seinem Ortsverein eingeladen.

Viele Themen standen auf dem Tablett, u.a. die Migrationspolitik, Umgang mit sog. afghanischen Ortskräften, Klimakrise und Geflüchtete, Ukraine, Kosten für die Städte und Gemeinden.

Im Zentrum stand das Gespräch um Geflüchtete, die wegen Krieg, Hunger und Klimakrise Unterkunft in der EU bzw. in Deutschland suchen.

Neben der Kostenexplosion und höheren Wohnungsmieten wurden auch Probleme bei der Inklusionsarbeit angesprochen. Nachdem der Bund die Förderung für die Jugendmigrationsdienste zugesagt hatte, müssten aber auch erwachsene Geflüchtete in entsprechenden Institutionen Hilfe bekommen können.

Auch hier braucht es eine bessere personelle und finanzielle Ausstattung beispielsweise von AWO, Integrationsstellen u. v. m., um die Neuankömmlinge auf das Leben in Deutschland vorzubereiten und sie auch in den Arbeitsprozesse einzubinden.

Ich hob nochmal den politischen Einsatz unseres ehemaligen Parteivorsitzenden Norbert Walter Borjans hervor, der einen großen Beitrag dazu leistete, dass die Kommunen durch die dauerhafte Übernahme der Kosten für Unterkunft in Höhe von bis zu 75 Prozent durch den Bund stark entlastet werden.

Auch unsere Landtagsabgeordnete Christin Marie Stamm war mit von der Partie und gab einen aktuellen Überblick über die NRW-Landespolitik.



LANDESGESCHÄFTS- FÜHRERIN DER BARMER NRW ZU BESUCH IM WAHLKREISBÜRO LÜDENSCHIED



Diesen Monat besuchte mich die Landesgeschäftsführerin der BARMER NRW, Rosemarie Wehner, mit ihrem Mitarbeiter im Wahlkreisbüro in Lüdenscheid. Themen waren Präventionsangebote, Gesundheitskioske und -zentren, Vorhaltepauschalen für Kinderkliniken, DRGs, Selektivverträge u. v. m. Ich bat Frau Wehner, bezüglich der zusätzlichen Leistungsangebote an Kinder großzügig zu sein, da Prävention die beste Art der Therapie ist. **Vielen Dank für den guten Dialog!**

iDRG Das DRG-System ist ein pauschalisierendes Abrechnungssystem, bei dem stationäre Krankenhausbehandlungen weitestgehend unabhängig von der Verweildauer des Patienten über Fallpauschalen abgerechnet werden. „DRG“ steht dabei für „diagnosis-related groups“.